

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

ANFRAGEN an den Bürgermeister

1) Einrichtung einer Ombudsstelle für Bauangelegenheiten

GR. **Pogner**, GR. **Mayr** und GR. Dipl.-Ing. **Topf** stellen folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Der vom Bezirksrat Jakomini in der Sitzung vom 1.7.2011 gestellte Antrag, für eine wirkungsvolle Vertretung von Nachbarn mit Parteienstellung im Rahmen von Bauverfahren, dass von Seiten der Stadt Graz die Stelle einer „Ombudsstelle für Bauangelegenheiten“ eingerichtet werden soll, wo sich betroffenen Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt rechtskundig beraten und auch in Einwendungsverfahren vertreten lassen können, - kann inhaltlich unterstützt werden und betrifft alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen.

Es sind vor allem jene Personen, die sich mit Bauverfahren im Laufe ihrer Lebensplanung nicht beschäftigen mussten, die plötzlich aber eine Parteienstellung haben und damit oftmals überfordert sind. Die Betroffenen sind zumeist ob der schwierigen und für sie nicht immer durchschaubaren Rechtssituation keine Baurechtsexperten und sehen sich außerstande, ohne Beziehung eines mit der Rechtslage vertrauten Rechtsvertreters ihre Einwendungen rechtswirksam durchsetzen zu können.

Im Gegensatz zu den Wohnbaugesellschaften, die die Kosten allfälliger Einwendungsverfahren in die Errichtungskosten des Projektes einberechnen, müssen diese von den AnrainerInnen aus der privaten Tasche bezahlt werden. Mit der Einrichtung einer Ombudsstelle für Bauangelegenheiten soll nunmehr die Möglichkeit geschaffen werden, dass sich betroffene Nachbarn in Baurechtsangelegenheiten kostenlos beraten und auch über die Möglichkeit einer rechtskundigen Vertretung informieren können.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stellen wir daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage,

ob du bereit bist, den einstimmig gefassten Antrag des Bezirksrates Jakomini zur Einrichtung einer Ombudsstelle für Bauangelegenheiten zu unterstützen?

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Organisationsform für die städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen

GRin. **Haas-Wippel** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Der Ergebnisbericht „Grazer Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsprogramm Teilprojekt 2 – optimale Organisationsform für die städtischen Einrichtungen“ liegt

nun vor. Vier Varianten wurden dabei laut Auftrag einer Beurteilung unterzogen, so auch die Varianten Errichtung eines Eigenbetriebs der Stadt Graz und GmbH in 100%igem Eigentum der Stadt Graz.

Auf Grund der Gewichtung der Beurteilungskriterien wurde die GmbH-Variante als beste bewertet.

Auch in den Geriatriischen Gesundheitszentren der Stadt Graz wurde eine Variantenprüfung für eine zeitgemäße Rechtsform durchgeführt. Als Ergebnis wurde von den ExpertInnen die Rechtsform des Eigenbetriebs präferiert, da die Komponenten Kontinuität, Qualität, PatientInnen- und Mitarbeiterzufriedenheit zumindest ebenso wichtige Parameter darstellten wie die der ökonomischen Gewichtung.

Zur Umsetzung von zeitgemäßen Strukturen bedarf es keiner Umwandlung in eine GmbH – eine GmbH mit der vordergründigen Intention, Frauen im Kinderbetreuungsbereich weniger zu bezahlen und Arbeitsplätze unsicher zu machen, kann keine Argumentation im Sinne der Qualitätssicherung sein, sondern widerspricht dieser.

Ich stelle daher namens der SPÖ-Fraktion an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage:

Sind Sie bereit, sehr geehrter Herr Bürgermeister, auch im Bereich Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsprogramm der städtischen Einrichtungen – analog zu den bereits gewonnenen Erfahrungen der GGZ der Stadt Graz – die gleichen Gewichtungen der Kriterien bei den Entscheidungsparametern anzuwenden und nicht nur den ökonomischen Beurteilungskriterien den Vorzug zu geben?

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Britischer Ruderkult auf der Mur

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

in der Graz-Ausgabe des Periodikums „Woche“ vom 29. Juni 2011 haben Sie angekündigt, eine Ruderregatta nach Vorbild des „Boat Race“ auf der Themse auf der Grazer Mur etablieren zu wollen. Zitat: „Geplant ist ein jährliches Rennen zwischen Universitäten und Fachhochschulen samt großem Volksfest“.

Die Ausübung von Sport auf der Mur wird insbesondere nach einer etwaigen Errichtung einer Staustufe in Graz auch mit rechtlichen Fragen, speziell Haftungsfragen, verbunden sein. So stellt sich die Haftungsfrage im Zusammenhang mit der „Welle“ für SurferInnen so dar, dass die Estag die Errichtung einer neuen „Welle“ dezidiert ausschließt, weil sie dafür das Haftungsrisiko nicht übernehmen will.

Daher stelle ich seitens des grünen Gemeinderatsklubs – ALG folgende

A n f r a g e :

Wer wird für etwaige Ruder-Regatten im Stauraum einer Staustufe in Graz die Haftung übernehmen?

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Baubewilligung ohne Bauvollendung

GR. **Eber** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Auch in Graz gibt es ruhende Baustellen und unvollendete Bauwerke. Es wurden Baubewilligungen erteilt, die Bauvollendung lässt aber – wohl aus den unterschiedlichsten Gründen - auf sich warten.

Es ist davon auszugehen, dass in nicht wenigen dieser Fälle spekulative Absichten dahinter stehen.

Daher richte ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

A n f r a g e :

Wie viele Baubewilligungen, die vor mehr als fünf Jahren ausgestellt wurden, gibt es in der Stadt Graz, wo noch keine Bauvollendung vorliegt?

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Innenhöfe

GR. **Eber** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Bei der Erstellung von Bebauungsplänen steht die Sicherstellung einer geordneten Siedlungsentwicklung im Mittelpunkt.

Dabei geht es, insbesondere im innenstädtischen Bereich, aber auch in belasteten Gebieten um eine Verbesserung der Situation für die BewohnerInnen. Dazu gehört u. a. die Freihaltung und gegebenenfalls Entkernung von Innenhöfen.

Daher richte ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage:

Unter welchen Umständen und anhand welcher Kriterien treten Sie für eine Verbauung von Innenhöfen ein?

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Glücksspielautomaten in Graz

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Im Kampf gegen die Folgen der Spielsucht wird das notwendige Verbot des Aufstellens von Spielautomaten für das sogenannte „Kleine Glücksspiel“ durch mächtige Unternehmensgruppen und auch durch politische Parteien verhindert. Die vom Landtag Steiermark beschlossene Erhöhung der Lustbarkeitsabgabe für Spielautomaten ist völlig ungenügend.

Bekanntlich setzt sich diese Abgabe aus der Landeslustbarkeitsabgabe (630 € pro Automat) und 370 € Lustbarkeitsabgabe zusammen, die an die Stadt Graz abzuführen sind.

Deshalb richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

A n f r a g e :

Wie hoch sind die monatlichen Einnahmen der Stadt Graz durch die Lustbarkeitsabgabe für Geldspielautomaten bzw. Glücksspielautomaten? Wie viele Glücksspielautomaten sind in Graz angemeldet?

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Grabungen in der Heinrichstraße

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Der Sommer in Graz beinhaltet meist nicht nur heiße Temperaturen, sondern alljährlich wiederkehrende Baustellen und Grabungen. Auch wenn die Grazer Bevölkerung darüber selten erfreut ist, weist sie im Regelfall viel Verständnis dafür auf, vor allem dann, wenn der Grund für die Arbeiten vor Ort erklärt wird.

Nicht nachvollziehbar bleiben hingegen Straßengrabungen, die sich in kurzen zeitlichen Abständen an gleichen oder nahezu gleichen Stellen wiederholen.

Die Heinrichstraße, die im Vorjahr neu asphaltiert und heuer wieder aufgegraben wurde, scheint so eine Stelle zu sein.

Verärgerte Anrainerinnen und Anrainer, aber auch irritierte Autofahrer glauben nicht daran, dass hier ein mit allen Leitungsträgern koordiniertes Vorgehen stattgefunden hat.

Deshalb richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage:

Wie oft haben seit 2005 in der Heinrichstraße Bauarbeiten stattgefunden, und wäre die hohe Anzahl an Grabungen und Straßenarbeiten durch bessere Koordination mit allen Leitungsträgern (Kabeln, Kanal etc.) reduzierbar gewesen?

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Haus Albert-Schweitzer-Gasse 33

GRin. **Schloffer** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Im Frühjahr dieses Jahres wurde endlich eine am Gehsteig vor dem Haus Albert-Schweitzer-Gasse 33 stehende Bank entfernt. Nun lagern dort wieder ein halbes Fahrrad sowie eine große Kartonschachtel. Wild wuchernde Sträucher sowie 30 cm langes Unkraut säumen den Straßenrand von diesem Gebäude bis zum Tageszentrum Solidar inklusive dem Radabstellplatz.

An eine maschinelle Straßenreinigung mit Kehren oder Waschen ist überhaupt nicht zu denken, weil sich im Unkraut sämtlicher Unrat befindet.

Und dieses verwahrloste Gehsteig- bzw. Straßenbild befindet sich unmittelbar gegenüber dem Gebäude der Geriatrischen Gesundheitszentren (GGZ): Wahrlich kein schöner Anblick für all jene Personen, die in diesem Bereich zu Fuß oder mit dem Fahrrad zu oder von den GGZ unterwegs sind.

Soll ein Gehsteig wirklich nur dann geräumt werden, wenn Gefahr in Verzug ist? Wer bzw. welches Amt oder welches Zimmer im Haus Graz ist für die Veranlassung der Räumung dieses Gehsteiges zuständig?

Wie soll eine sinnvolle Straßenreinigung mit Wasser funktionieren, wenn an Straßenrändern – auf die ganze Stadt verteilt – jede Menge Büschel von Unkraut wachsen als auch alte, getrocknete Erde vermischt mit altem Splitt lagert?

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, dafür zu sorgen, dass der von mir beschriebene Schandfleck im Bereich Albert-Schweitzer-Gasse 33 beseitigt wird?

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Beschilderung der Parkgarage APCOA am Mariahilferplatz

GRin. Mag.^a **Taberhofer** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Seit knapp zwei Jahren fehlt bei der Einfahrt zur Parkgarage APCOA am Mariahilferplatz das Hinweisschild über die Kosten der Stellflächen. Es wäre jedoch sehr kundInnenfreundlich, diese wichtige Information so bald wie möglich anzubringen, da die BenutzerInnen dieser Parkgarage erst nach der Einfahrt erkennen müssen, dass die Preise – im Vergleich zur Parkgarage beim Kunsthaus - sehr hoch sind. So kostet ein Stellplatz in der APCOA-Garage pro angefangener Stunde 4 Euro, während eine Stunde in der Parkgarage unter dem Kunsthaus z.B. nur 1,90 € ausmacht. Deshalb wäre es im Interesse der Parkplatzsuchenden, bereits bei der Einfahrt die notwendigen Informationen zu erhalten, damit sie vor allem auch Vergleichsmöglichkeiten haben. Denn die Leidtragenden der verärgerten ParkplatzbenutzerInnen sind in vielen Fällen vor allem die Gewerbetreibenden rund um den Mariahilferplatz.

Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, die verantwortlichen Stellen zu kontaktieren, damit bei der Parkgarage am Mariahilferplatz bereits bei der Einfahrt ein Hinweisschild über die Kosten der Stellflächen angebracht wird?

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) Welcome-Hause

GRin. Mag.^a **Taberhofer** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Ende letzten Jahres wurde die Realisierung des geplanten „Welcome-Hauses“ im Interesse der MigrantInnen unserer Stadt für das Frühjahr 2011 angekündigt. Der Standort wurde ja bereits fixiert, aber die Eröffnung ist bislang noch nicht erfolgt.

Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

A n f r a g e :

Welche konkreten Maßnahmen sind zur Realisierung des „Welcome-Hauses“ noch geplant und zu welchem Zeitpunkt soll die Eröffnung stattfinden?

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11) Getrenntes Turnen von Mädchen muslimischen Glaubens

GRin. **Benedik** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Medienberichten zufolge werden in einigen städtischen Polytechnischen Lehrgängen für Mädchen muslimischen Glaubens von den übrigen Schülerinnen getrennte Turnstunden abgehalten.

In anderen Pflichtschulen und Lehrgängen sollen junge muslimische Mädchen überhaupt vom Turnunterricht befreit werden. Lehrer, Mitschüler und zuständige Beamte wissen zu berichten, dass sich derartige Vorfälle leider häufen. Die Zeitschrift „Frontal“ beschrieb den Zustand in ihrer vorletzten Ausgabe wie folgt:

Die Mädchen wollen unter sich bleiben beim Turnen. Weil sie streng gläubige Musliminnen sind und weil ihre Eltern nicht wollen, dass ihnen beim Purzelbaum-Schlagen jemand zuschaut. Immer wieder finden muslimische Mädchen daher Ausreden, warum sie am Turnunterricht der Schule nicht teilnehmen können.

Ein derartiges Vorgehen verstößt nicht nur gegen das geltende Unterrichtsgesetz, es ist auch dem Integrationsgedanken im höchsten Maße abträglich. Zu keinem späteren Zeitpunkt kann die Integration junger Migrantinnen und Migranten von öffentlicher Seite besser und intensiver gefördert werden, als während der Schulzeit der betroffenen Personenkreise. Zudem zeigt sich bei zahlreichen Mannschaftssportarten, dass kulturelle Barrieren im spielerischen Umfeld am leichtesten zu überwinden sind.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass der Polytechnische Lehrgang für viele Absolventen auch das Ende der Schulpflicht darstellt, muss vorangegangene Intention aber leider als gescheitert betrachtet werden. Da die öffentliche Hand ihr Hauptaugenmerk aber auf frühzeitige und nachhaltige Integration der neuen Mitbürger legen muss, dürfen in diesem Bereich keine bequemen Kompromisse eingegangen werden.

Daher richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage:

Sind Sie bereit, mit den zuständigen Stellen und Ämtern in Kontakt zu treten, um zu bewirken, dass in den städtischen Polytechnischen Lehrgängen keine separaten Turnstunden für muslimische Mädchen abgehalten werden.

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12) Straßenreinigung Universitätsviertel

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Zahlreiche Anwohner des Grazer Universitätsviertels haben aufgrund der zunehmenden Vermüllung durch nächtliche Lokalbesucher in der Vergangenheit mehrfach eine intensivere Straßenreinigung urgiert.

Seitens der Stadt Graz wurde dieses Anliegen stets ignoriert. Erfreulicherweise wurde nun aber eine regelmäßige gesonderte Reinigung dieses Viertels in die Wege geleitet. Medienwirksam taten Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, kund, dass fortan die Firma Saubermacher – nomen est omen – für saubere Straßen sorgen werde.

Auch wenn eine entsprechende Flexibilität der Stadt Graz nach langer Zeit des untätigen Zusehens grundsätzlich zu begrüßen ist, drängt sich aufgrund der hohen damit in Verbindung stehenden Kosten die Frage nach den Vergabemodalitäten auf, zumal derartige Tätigkeiten durchaus auch von der Holding Graz GmbH durchzuführen wären. Ich richte daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachfolgende

Anfrage:

Weshalb wurde der Auftrag für die zusätzliche Straßenreinigung in den Morgenstunden im Grazer Universitätsviertel an die Firma Saubermacher und nicht an die Holding Graz GmbH vergeben?

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

13) Live-Übertragung der Sitzungen des Grazer Gemeinderates

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

In der Sitzung des Grazer Gemeinderats vom 17.2.2011 wurde mein dringlicher Antrag betreffend „direkte und unmittelbare Bürgerinformation durch Live-Übertragung der Gemeinderatssitzungen via Internet zu unseren Bürgerinnen und Bürgern“ einstimmig angenommen. Dies sollte wohl demokratiepolitisch eine genügende Feststellung sein.

In der Gemeinderatssitzung vom 14.4.2011 stellte ich ergänzend einen „normalen“ Antrag, um dringend zu hinterfragen und transparent offen dargelegt zu bekommen, welche Initiativen, zu welchem Zeitpunkt und mit welchem Ergebnis zwischenzeitlich zur Umsetzung des obigen Beschlusses getätigt wurden. Auch dieser Antrag ist bis dato unerledigt geblieben beziehungsweise sind mir allfällige Veranlassungen vorenthalten.

Während also jede einzelne Nationalrats-, Landtags- und Bundesratssitzung live im Internet übertragen wird, und damit den Bürgerinnen und Bürgern aus eigener Anschauung das wahre Geschehen in den jeweiligen demokratisch gewählten Gremien ersichtlich ist, ist es der Grazer Stadtregierung unter Bürgermeister Mag. Nagl augenscheinlich kein prioritäres Anliegen, gleiche Transparenz zu schaffen.

Ich möchte nicht vermuten, dass es dem Grazer Bürgermeister an persönlichem Mut fehlt, dieses Vorhaben umzusetzen. Wohl eher vermute ich ein „Unwohlsein“ beim Bürgermeister, diese Initiative nicht selbst angestoßen zu haben. Darüber hinaus befürchte ich dahinter Polit-Bedenken aus der zweiten und dritten Reihe der Regierungs-Koalition aus Grün und ÖVP, die eine Vielzahl unmittelbar zuschauender und zuhörender Bürger bei den „Begründungen“ der Maßnahmen der Regierungskoalition und der daran anschließenden Diskussion im Grazer Gemeinderat als „belastend“ empfinden möge.

- Warum ist in dieser demokratiepolitisch essentiellen Beschlussfassung ‚pro Transparenz‘ unseres Grazer Gemeinderates von Ihnen seit nunmehr einem halben Jahr noch immer null und nichts erkennbar, ja bislang nicht einmal eine

gemeinsame Zukunft aller politischen Vertreter des Grazer Gemeinderates in dieser Angelegenheit anberaومت worden?

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

ANTRÄGE

1) Dauerbeschallung mit klassischer Musik in öffentlichen Toiletten

GRin. Mag.^a **Ennemoser** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Augen- und Ohrenzeugen berichten, dass die öffentliche Toilette im dritten Stock im Amtshaus ein beliebter Platz unter Drogensüchtigen ist. Dort wird das Substitol in Dosen aufgekocht und gespritzt. Besonders pikant ist es natürlich auch, dass gerade die WCs im Amtshaus verwendet werden, wo doch gerade dort auch das städtische Gesundheitsamt untergebracht ist. Unter anderem auch der Suchtgiftbeauftragte der Stadt Graz Dr. Ulf Zeder. Zwar wurden vor Jahren die WCs schon mit Blaulicht ausgestattet, damit sich Süchtige schwer tun, ihre Venen zu finden. Jedoch in den nicht zugesperrten Behinderten-WCs herrscht normales Licht, und auch sonst sind da und dort die Blaulampen wieder verschwunden.

Ärzte als auch internationale Berichte haben nun ein anderes Mittel, um Drogensüchtige von öffentlichen Orten zu vertreiben. Eine Dauerbeschallung mit klassischer Musik. Mozart gegen Drogensüchtige sozusagen. Dies wird in Deutschland schon an vielen U-Bahn und Bahnstationen erfolgreich eingesetzt. Für die kurz verweilenden Fahrgäste hat so eine Beschallung einen entspannenden Effekt und für die Obdachlosen und Drogensüchtigen den gegenteiligen. Auch in Graz wurde dieses Instrument bereits erfolgreich im Schloßbergstollen eingesetzt. Laut dem Sicherheits-